

Ömer Güney war eine Spielfigur – Sein Tod soll den türkischen Staat schützen

Am Freitag, den 16.12., wurde uns durch unsere Anwälte mitgeteilt, dass Ömer Güney, der dringend Tatverdächtige im Mordfall von Sakine, Fidan und Leyla, schwer erkrankt sei und sein Anwalt deswegen seine vorzeitige Haftentlassung fordere. Die Forderung des Anwalts werde am Montag, den 19.12. vom zuständigen Gericht geprüft. Wir, als die Angehörigen der Opfer, wollten gerade zu Beratungen über diese neue Situation zusammenkommen, als wir von der Nachricht, dass Ömer Güney mittlerweile verstorben sei, überrascht wurden. Kurz nach dem schrecklichen Mord vom 9. Januar 2013 hatten die französischen Behörden die Untersuchungen eingeleitet. Diese hielten mehr als zwei Jahre an und wurden erst im Mai 2015 abgeschlossen und das Ergebnis am 9. Juli 2015 dem Gericht übermittelt. Obwohl die Untersuchungen Mitte 2015 beendet wurden, ist uns lange nicht mitgeteilt worden, wann das Gerichtsverfahren aufgenommen wird. Nach einer weiteren langen Pause wurde schließlich erklärt, dass die Verfahrenseröffnung vor dem Pariser Strafgericht am 5. Dezember 2016 eröffnet werden sollte. Doch dann wurde ohne Begründung im Juni 2016 verkündet, dass die Verfahrenseröffnung abermals verschoben werden soll, und die Prozesstermine wurden zwischen dem 23. Januar und dem 21. Februar 2017 datiert. Bis zu diesem Zeitpunkt taten wir diese Verschiebungen als die gewöhnliche Trägheit der französischen Justizbehörden ab.

Vor dem Hintergrund der neuen Situation möchten wir, als die Familienangehörigen der drei Opfer, allerdings folgende Frage stellen:

Warum wurde das Verfahren gegen Ömer Güney bis heute nicht eröffnet, obwohl bereits seit seiner Festnahme klar war, dass dieser über gesundheitliche Probleme klagt und Güney regelmäßig von Ärzten untersucht wurde? Weshalb wurde der Zeitraum der Untersuchungen gegen Ömer Güney sechs Monate weiter hinausgezögert, wenn doch nach den ersten zwei Jahren der Untersuchung, außer einigen wenigen offiziellen Dokumenten, keine weitere Erkenntnisse zu der Untersuchungsakte hinzugefügt wurden und die Gesundheitsprobleme des Tatverdächtigen bekannt waren?

Weshalb wurde der Prozessbeginn auf den Januar 2017 datiert, wenn bereits Mitte 2015 die offiziellen Untersuchungen abgeschlossen wurden? Weshalb kam es zu der letzten Verschiebung des Prozessbeginns vom 5. Dezember 2016 auf den 23. Januar 2017?

In den Untersuchungsakten und der Anklageschrift wird dargelegt, dass es sich bei dem Mord um eine organisierte Tat handelt, hinter der nicht nur eine Einzelperson steht, sondern der türkische Geheimdienst MIT. Vor diesem Hintergrund stellen wir die Frage, weshalb kein anderer Täter auffindig gemacht wurde und das Verfahren auf die Einzelperson von Ömer Güney beschränkt werden sollte?

Wir, als die Angehörigen der Opfer, erwarten Antworten auf diese Fragen.

Wir haben stets gefordert, dass die Kräfte hinter dem Mord ans Tageslicht gebracht werden sollen. Unzählige Mal haben die kurdische Bevölkerung und wir, die Familienangehörigen, auf demokratischen Protestkundgebungen die französische Justiz zur

Gerechtigkeit und Aufklärung aufgerufen. Wir haben bei jeder Gelegenheit die politischen Institutionen in Frankreich aufgefordert, aufgrund von politischen und wirtschaftlichen Interessen, die tatsächlichen Kräfte hinter dem Mord nicht zu decken. Mindestens genauso oft haben wir gewarnt, dass der mutmaßliche Mörder unter Umständen aus dem Weg geschafft werden könnte. Und trotz unserer unzähligen Warnungen behielten wir letzten Endes leider doch Recht.

Es sieht danach aus, dass ein bereits seit langer Zeit niedergeschriebenes Drehbuch nun in die Tat umgesetzt wurde. Denn wenn es zu dem Verfahren gekommen wäre, dann wäre nicht nur Ömer Güney vor Gericht gestellt worden. Auch der türkische Staat, der türkische Geheimdienst MIT und die türkische Regierung wären mit ihm vor Gericht gestellt und verurteilt worden. Ömer Güney war eine Spielfigur und mit seiner Beseitigung wurde der türkische Staat geschützt.

Verantwortlich für diese Situation sind die französischen Behörden. Wir, als die Angehörigen der Opfer, werden die Akte und diesen Fall weiter verfolgen. Der Täter war nicht alleine. Die übrigen Täter müssen gefunden und vor Gericht gestellt werden. Nur weil ein Verdächtiger beseitigt wurde, darf die Akte nicht geschlossen werden und der türkische Staat einem Prozess nicht entkommen.

Wir möchten die Öffentlichkeit informieren und bitten alle um Hilfe, die Gerechtigkeit wollen.

Metin Cansız, Bruder von Sakine Cansız – Hasan Doğan, Vater von Fidan Doğan – Cumali Şaylemez, Vater von Leyla Şaylemez, 17.12.

Kayseri: Anschlag auf Sonderkommando

In der Türkei ist es am vergangenen Samstag zu einem weiteren Anschlag gekommen. Der Anschlag galt einem in Kayseri stationierten Sonderkommando der türkischen Armee. Bei dem Anschlag verloren nach bisherigen Meldungen 14 Soldaten ihr Leben, weitere 55 Soldaten wurden teils schwer verletzt. Das Sonderkommando, das sowohl innerhalb als auch außerhalb der Landesgrenzen der Türkei zum Einsatz kommt, wurde 1965 gebildet. Seit dem Überfall auf Zypern im Jahre 1974, bei dem es

zum Einsatz kam, genießt es einen besonderen Ruf. Auch im Krieg der Türkei gegen die kurdische Befreiungsbewegung kam es immer wieder zum Einsatz. Seit dem letzte Jahr hat die Türkei den Krieg gegen die Kurden forciert und in die Städte getragen. Während der monatelangen Belagerungen mit flächendeckenden Bombardierungen wurden hunderte Zivilisten ermordet, viele Städte darunter Gever (Yüksekova), Nisêbin (Nusaybin) und Şırnex (Şırnak) in Schutt und Asche gelegt, hunderttausende

Menschen sind zwangsvertrieben worden.

Nach Meldungen der türkischen Tageszeitung Milliyet kam das in Kayseri stationierte Sonderkommando während der Ausgangssperren in den Städten Cizîr (Cizre), Sûr und Nisêbin zum Einsatz und hat sich dort ganz besonders hervor getan. Welche Rolle das Kommando z.B. in Cizîr spielte, der Stadt, in der mehr als hundert Zivilisten bei lebendigem Leib verbrannt wurden, führte Milliyet nicht aus.

(ANF, 17.12., ISKU)

Erklärung:

NAV-DEM: Wir verurteilen den Terroranschlag in Berlin aufs Schärfste

Am Morgen nach dem erschreckenden Ereignis in Berlin, das zwölf Tote und 48 Verletzte zur Folge hatte, zeichnet sich ab, dass es sich bei dem Vorfall um einen terroristischen Anschlag handelt. Opfer dieses feigen Anschlags sind Menschen gewesen, die in der vorweihnachtlichen Zeit den Weihnachtsmarkt am Breidscheidplatz besuchten. Der oder die Attentäter sind dabei nach dem Vorbild des Anschlags von Nizza im Juli dieses Jahres vorgegangen. Ihnen ging es ausschließlich darum, möglichst viele Zivilisten zu ermorden. Wir als Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland (NAV-DEM) verurteilen diesen grausamen Anschlag zutiefst.

Die Öffentlichkeit und die Politik in Deutschland werden in den nächsten Tagen und Wochen viel über dieses schreckliche Ereignis diskutieren und darüber sprechen, welche Folgen daraus zu ziehen sind. Auch die Rechtspopulisten werden sich dieses Thema zu eigen machen und versuchen aus den berechtigten Sorgen der Menschen Profit zu schlagen. Natürlich ist eine politische Auseinandersetzung mit dem gestrigen Anschlag notwendig. Die Sicherheitskräfte und die Politik müssen darüber diskutieren, wie es zu diesem Anschlag kam, um die Gefahr einer Wiederholung von etwas derart Schrecklichem zu minimieren. Doch wir appellieren daran, diese Aufarbeitung mit Besonnenheit zu tun. Genauso wichtig wie es ist, die Hintergründe des Anschlags aufzuklären und gegen die Strukturen vorzugehen, die diesen Terror fördern, ebenso wichtig ist es, dafür zu sorgen, dass nicht alle Geflüchtete nun unter Generalverdacht gestellt werden. Denn das ist es, was der Terror bezwecken will: Sie will eine Atmosphäre der Angst erschaffen und die Spaltungen in der Gesellschaft vertiefen. Das damit Bezweckte, nämlich die Ausgrenzung und Diskriminierung von Geflüchteten, ist für sie der perfekte Nährboden für neuen Terror. Wir dürfen das nicht zulassen. Wenn nun eine Debatte über die Geflüchteten entbrennt,

Antifaschistisches Internationales Bataillon in Rojava gegründet

In der Föderation Nordsyrien – Rojava hat sich im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat und andere faschistische Gruppen ein neues Antifaschistisches Internationales Bataillon (AIT – Antifascist International Tabûr) gegründet.

Gegründet von Freiwilligen aus der ganzen Welt, wurde das Bataillon in einer Presseerklärung vom 19. Dezember 2016 offiziell verkündet.

„Heute schließt sich eine Gruppe aus AntifaschistInnen, InternationalistInnen, AnarchistInnen, KommunistInnen, SozialistInnen und Libertären dem Kampf der Unterdrückten und zur Unterstützung der Revolution in Rojava an. Wir kommen aus der Dunkelheit des westlichen Kapitalismus, um zu kämpfen und von unseren GenossInnen in Rojava zu lernen, wie wir zur wirklichen Freiheit gelangen und zum Existenzrecht für jede*n. Wir hoffen mit ihrer Courage eine Welt ohne Unterdrückung und Verfolgung, eine Welt ohne Faschismus und religiösem Fanatismus, erschaffen

zu können. In dieser Absicht setzen wir unsere Segel im erstarken Wind der Freiheit, Gleichberechtigung und dem Respekt vor unserem Planeten. Dies ist der Weg außergewöhnlicher Menschen, die los gesegelt sind, um diese unstillbare Flamme in unserem Herzen aus der Vergessenheit zu befreien. Es ist dieselbe Flamme, die auch wir nun spüren, die uns belebt, die uns zum Kampf der demokratischen Föderation Nordsyrien geleitet hat.“

In der Erklärung wird auch das Logo des AIT vorgestellt, es zeigt einen Phönix, ein Symbol mit dem bereits 1935 Revolutionäre gegen den Franco-Faschismus kämpften.

„Alle GenossInnen hier, kämpfen für eine bessere Welt mit dem lebendigen Gedenken an frühere Partisanenkämpfe, die uns letztlich bis in diese glühenden Länder gebracht haben. Im Namen unseres Bataillon gedenken wir unserer gefallenen Genossin Ivana Hoffmann, die im März 2015 im Kampf gegen den IS an der Front von Tell Tamir gestor-

ben ist. Wir kämpfen gemeinsam, um jene Werte zu verteidigen, die wir in unseren Herzen tragen. Unser Symbol trägt den Stern der Internationalen Brigaden aus Spanien von 1935, auch damals kämpften Revolutionäre aller Welt für eine Welt ohne Grenzen, ohne Angst, gegen die Dunkelheit des Kapitalismus. Ihre Träume sind nicht tot, sondern leben ins uns weiter, in jeder Genossin und jedem Genossen der in Rojava kämpft. Wie ein Phönix, der immer wieder aus der Asche aufersteht, wird die Flamme der Revolution für immer brennen“.

Hunderte internationale Freiwillige sind seit der Beginn der Revolution und dem weltweiten Interesse am Kampf gegen den IS in Kobanê 2014 nach Rojava gekommen. Mehr als ein Dutzend Freiwillige sind seitdem in den Reihen der Volksverteidigungseinheiten (YPG), der Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) und der Demokratische Kräfte Syriens (SDF) gefallen.

(KQ, 21.12., ISKU)

Der Journalist Maxime Demiralp muss freigelassen werden

Am 15. Dezember wurde Maxime Demiralp, Chefredakteur der kurdischen Nachrichtenagentur Firat News (ANF) mit Hilfe eines internationalen Haftbefehls durch Interpol in Brüssel festgenommen. Initiator dieser Verhaftungen ist wie bereits in anderen Fällen der türkische Staat. Dieser wirft Maxime Demiralp „Verbindungen zu einer Terrororganisation“ vor und benennt als Begründung verschiedene Artikel, die über ANF veröffentlicht wurden.

Der türkische Staat geht spätestens seit dem Putschversuch vom 15. Juli gegen jegliche Opposition und kritische Presse vor. Zurzeit befinden sich laut Reporter ohne Grenzen mehr als 40 JournalistInnen wegen ihrer Arbeit in türkischen Gefängnissen, bei dutzenden weiteren lässt ihre journalistische Tätigkeit als Grund für ihre Verhaftungen schließen. Unzählige Zeitungen, Radio- und Fernsehsender wurden verboten oder enteignet. Sämtliche Medien sollen gleichgeschaltet werden und der staatlichen Zensur unterliegen. Aktuell belegt die Türkei Platz 151 von 180 Nation bei der Bewertung der Presse- und Meinungsfreiheit. Doch der Würgegriff Erdogans reicht mit Hilfe der EU, der NATO und Interpol bis hierher. Während vor allem die deutsche Bundesregierung durch Verfolgung und Verurteilung vermeint-

licher PKK-Mitglieder den stärksten Partner der Türkei spielt, wird in Hamburg ein Geheimdienstmitarbeiter der türkischen Regierung enttarnt und verhaftet, bei ihm Anschlagziele und eine schwarze Liste aufgefunden. Auch in Belgien konnte vor einigen Jahren eine Geheimdienstzelle der türkischen Regierung aufgedeckt werden, die Anschläge vorbereitete, Anschläge wie den auf drei kurdischen Politikerinnen Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez in Paris im Januar 2013. Der Attentäter stammte aus der Türkei, unterhielt Kontakte zu türkisch-faschistischen Gruppen sowie zum türkischen Geheimdienst. Er wurde vor wenigen Tagen tot in seiner Zelle in Frankreich aufgefunden, kurz bevor der Prozess gegen ihn beginnen sollte. Gerade die Verhaftung in Belgien gegen Demiralp erstaunt, war es doch ein belgisches Gericht, das erst vor kurzem in einer Urteilsverkündung gegen mutmaßliche PKK-Mitglieder verkündete, dass die Aktivitäten der PKK, die in den kurdischen Gebieten der Türkei gegen Soldaten und Polizisten vorgeht, als Handlungen im Rahmen eines „bewaffneten Konflikts“ einzuordnen seien. „Diese Resolution erkennt an, dass es in der Türkei einen Krieg gibt und dass die Anschuldigungen Ankaras, die Kurden seien Terroristen, falsch sind“, so das Urteil. Und nun handelt genau jenes Belgien nach den Wünschen der

türkischen Regierung und verhaftet einen Journalisten, weil die von ihm geleitete Nachrichtenagentur u.a. über die PKK berichtet.

In der Charta der Grundrechte der Europäischen Union steht über die Meinungsfreiheit, dass sie eine doppelte Funktion hat: Einerseits dient sie jedem einzelnen Menschen, seine Persönlichkeit zu entwickeln. Gleichzeitig ermöglicht sie den Meinungsaustausch im Kontakt mit anderen Menschen.

Es darf nicht zugelassen werden, dass die Presse- und Meinungsfreiheit weiter eingeschränkt wird. Die MitarbeiterInnen der kurdischen Nachrichtenagentur ANF leisten eine wichtige Arbeit gegen die Vernichtung der unabhängigen Presse. ANF ist in der Medienlandschaft eine der wenigen Stimmen, die ungetrübt die politische, militärische Lage des Nahen und Mittleren Osten beleuchtet und über die Lebensrealität der Menschen in der Region berichtet. Aus diesem Grund ist ANF dem AKP-Regime ein Dorn im Auge.

Schützt die Meinungs- und Pressefreiheit in Europa, der Türkei und weltweit!
Gegen die antidemokratischen Entwicklungen in der Türkei und überall!
Freiheit für Maxime Demiralp und alle politischen Gefangenen! Informationsstelle Kurdistan e.V., 22. Dezember 2016

müssen wir uns klar machen, dass ein großer Teil der Menschen, die in den letzten zwei Jahren zu uns gekommen sind, genau aufgrund dieses Terrors ihre Heimat verlassen mussten.

Gleichzeitig müssen wir uns die Frage stellen, wie wir dem Terror, der uns alle bedroht, begegnen müssen. Hierbei muss uns bewusst sein, dass die Frage der Terrorbekämpfung nicht alleine eine Frage der Sicherheitspolitik ist. Es bedarf einer intensiven Auseinandersetzung mit den Ursachen dieses Terrors. Klar ist auch, dass gewisse Staaten diesen Terror fördern und für ihre Zwecke zu nutzen versuchen. Diese Staaten müssen dechiffriert und öffentlich zur Rechenschaft gezwungen werden. Nur so lässt sich der Terrorismus nachhaltig bekämpfen.

Die Unterstützung der Türkei für dschihadistische und terroristische Gruppierungen ist nicht eingestellt worden. Wir sind davon überzeugt, dass eine wichtige Lehre aus dem schrecklichen Anschlag von Berlin sein muss, gegen die staatlichen Unterstützer des Terrorismus vorzugehen. In diesem Sinne erachten wir eine Veränderung der Bundespolitik im Umgang mit dem Erdogan-Regime für dringend notwendig.

Unsere Gedanken sind bei den Angehörigen der Opfer des gestrigen Anschlags. Wir hoffen, dass den vielen Verletzten geholfen werden kann und sie schnell wieder genesen.

NAV-DEM – Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland, 20.12.2016

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur
KQ Kurdish Question

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org